

Sozialistisches Erbe wirkt nach: Unterschiede zwischen Wertvorstellungen in Ost und West

Studie des FZDW offenbart Unterschiede zwischen Wertvorstellungen in Ost und West / Die junge Generation lässt einen stärkeren Konsens erkennen

Mitteilung: Frankfurt University of Applied Sciences

In der Studie „25 Jahre nach dem Mauerfall – Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland“ hat das Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) der Frankfurt University of Applied Sciences (FRA-UAS) aufgezeigt, dass auch ein Vierteljahrhundert nach Öffnung der innerdeutschen Grenze zwischen den Menschen aus den neuen und den alten Bundesländern noch immer Unterschiede in der Einstellung zu bestimmten Themen und Werten bestehen. Vorrangig betrifft dies das Verständnis von Demokratie sowie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, aber auch Meinungen zur Familienpolitik, zur Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Ergebnisse der Studie deuten jedoch darauf hin, dass für junge Menschen, die im vereinigten Deutschland aufgewachsen sind, Ost-West-Kategorien in der Zukunft eine immer geringere Rolle spielen werden. Die Autoren der Studie greifen dabei auf vier Befragungen aus den Jahren 2012 und 2013 zurück: auf den European Social Survey (ESS), auf das International Social Survey Programme (ISSP) sowie auf Daten der Deutschen Wahlstudie GLES (German Longitudinal Election Study) und des Politbarometers.

„In den neuen Bundesländern wird Demokratie weitaus häufiger mit dem Prinzip der Wohlfahrt und der sozialen Gleichheit verbunden als in den alten Bundesländern“, bilanziert Sven Stadtmüller, wissenschaftlicher Mitarbeiter am FZDW und einer der beiden Autoren der Studie. So halten es mehr als die Hälfte der Befragten aus den neuen Bundesländern (53,4 Prozent) für wichtig, dass eine Demokratie die Bürger(innen) vor Armut schützt. In den alten Bundesländern meinen dies dagegen nur ein Drittel der befragten Personen. Besonders markant sei zudem, dass die konkrete Umsetzung der Demokratie in Deutschland im Osten deutlich negativer bewertet wird als im Westen.

Die Unterschiede in den politischen Vorstellungen zwischen Befragten aus Ost und West betreffen zudem den Bereich Familie und Beruf: Während beispielsweise nur rund 16 Prozent aus den neuen Bundesländern der Ansicht sind, dass es einem Kleinkind schadet, wenn seine Mutter berufstätig ist, sind in den alten Bundesländern 37 Prozent dieser Meinung. Umgekehrt sind die Befragten aus den neuen Bundesländern nahezu einhellig der Auffassung, sowohl der Mann als auch die Frau sollten zum Haushaltseinkommen beitragen (92 Prozent). In den alten Bundesländern denken dies dagegen nur 75 Prozent. „Diese Differenzen

reflektieren die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in Ost und West“, so der Politikwissenschaftler Benjamin Sack, der ebenfalls an der Studie mitgewirkt hat. Das bedeutet: In den neuen Bundesländern werden soziale Gleichheit oder die Erwerbstätigkeit der Frau deutlich positiver bewertet. Diese Einstellungen spiegeln die Erfahrungen der Menschen in der Zeit der ehemaligen DDR sowie die Alltagserfahrungen im Osten des wiedervereinigten Deutschland in den letzten 25 Jahren wider.

Da die politische Sozialisation im frühen Kindes- und Jugendalter auch im weiteren Lebenslauf die Einstellung zu bestimmten Werten und politischen Themen prägt, kann eine Angleichung zwischen Ost und West in der jungen Generation erwartet werden. Dies wird von den Studienergebnissen untermauert: „In dieser Generation herrscht schon heute nahezu ein Einstellungskonsens. Im Zuge des Generationenwechsels werden sich die Unterschiede zwischen Ost und West weiter auflösen“, erklärt Stadtmüller. Somit werden bei den jungen Menschen, die im vereinigten Deutschland aufwachsen, Ost-West-Kategorien in Zukunft voraussichtlich eine immer geringere Rolle spielen.

Den Bericht finden Sie zum Download unter

<http://fzdw.de/publikationen/fzdw-kurzberichte/>

Das Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) der Frankfurt University of Applied Sciences hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Folgen der älter werdenden Gesellschaft interdisziplinär zu untersuchen. Im Vordergrund stehen dabei die entsprechenden Probleme in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen.

PM v. 7.11.2014

Nicola Veith

Pressestelle

Frankfurt University of Applied Sciences

Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)

Quelle: idw-online.de